



- Fragen & Antworten rund um die Pflege
- Modernisierung: Womit Mieter rechnen müssen
- Serie: Jobben im Studium

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 15. Mai 2013 68. Jahrgang/Nr. 111 • Berlinausgabe 1,70 €

STANDPUNKT

Rauchzeichen aus Israel

Von Roland Etzel

Hat sich da etwas bewegt im Nahostfriedensprozess? Selbst in der Frage schwingt schon mehr Optimismus, als mit realen Fakten unterlegbar ist. Es beginnt bei der Begrifflichkeit, da von einem Prozess schlechterdings keine Rede sein kann – setzte dieser doch Bewegung voraus –, allenfalls von einem Zustand, für den »mausetot« eine sehr zutreffende Umschreibung ist. Zumindest seit Ende September 2010, als Israels Ministerpräsident Netanjahu das Moratorium für den Bau neuer Siedlungen im besetzten palästinensischen Land nicht verlängerte.

Seitdem herrschte Eiszeit zwischen der »gemäßigten« Führung im Westjordanland um Abbas und der israelischen Seite. Der Palästinenserpräsident weigert sich, bildlich gesprochen, über die Aufteilung eines Kuchens zu reden, von dem sich die andere Seite während des Gesprächsprozesses unablässig Stücke abschneidet. Das erscheint verständlich. Die meisten Staaten der Welt sehen das sogar so, selbst die deutsche Kanzlerin findet es »problematisch«, und – entschieden wichtiger – auch US-Präsident Obama nannte die »Siedlungspolitik«, die sich den Palästinensern weniger freundlich umschrieb als Enteignung und Vertreibung darstellt, ein wesentliches Hindernis auf dem Weg zu Frieden, wenngleich ohne jeglichen Nachdruck.

Wenn Israel also gerade auf diesem Feld jetzt Entgegenkommen signalisieren sollte, kann das in seiner Wirkung auf einen tatsächlichen Friedensprozess kaum überschätzt werden.

Unten links

Seit öffentlich wurde, dass sich das Münchner Maximilianeum zu einem einzigen großen **Familientreffpunkt** entwickelt hat, ist Horst Seehofer nicht mehr so leutselig, wie wir ihn bislang kannten. Er, der nach der für die Union gescheiterten Nordrhein-Westfalen-Wahl mit seiner Aufforderung an einen TV-Journalisten »Das können Sie alles senden« zum Halali auf den CDU-Ministerpräsidentenkandidaten und Bundesumweltminister Norbert Röttgen geblasen hatte, fühlt sich plötzlich selbst wie auf einer »Treibjagd«. Dass Bayerns Ministerpräsident allerdings nicht davor zurückschreckt, Journalisten als »Bluthund« zu bezeichnen, liegt etwa so auf CSU-Traditionslinie wie die jetzt öffentlich gewordene bajuwarische Variante der Selbstbedienung. Es war schließlich einer seiner Vorgänger – nämlich Franz Josef Strauß –, der Leute, die seine Kreise störten (vornehmlich Intellektuelle), auch schon mal als Ratten oder Schmeißfliegen beschimpfte. Seehofers schöne, neue CSU? Von wegen! *oer*

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise
Tschechien 67/77 CZK ISSN 0323-4940



Merkels Biografie-Gipfel

Mittendrin statt nur dabei: Ein Buch über die Kanzlerin sorgt für Schlagzeilen



Berlin (nd). Eigentlich sollte es für Angela Merkel am Dienstag um große Fragen gehen: um die älter werdende, schrumpfende Gesellschaft in Deutschland. Die Regierung machte Wahlkampf auf dem »Demografiegipfel« in Berlin.

Für ebenso großes Interesse freilich sorgte »Das erste Leben der Angela M.«. Während die Kanzlerin sich dem demografischen Wandel widmete, erschien ein Buch der Journalisten Günther Lachmann und Ralf Georg Reuth, die

meinen, es sei die Biografie Merkels, die im Lichte ihrer Erkenntnisse als eine mit bisher verheimlichter Wandlung gelten müsse.

Merkels DDR-Leben habe bisher »im Vagen« gelegen, die Autoren könnten belegen, dass die heutige Kanzlerin »dem DDR-System näher war als bislang bekannt«. Und dann taucht da noch Merkels »Wende von der Reformkommunistin« zur CDU-Politikerin auf. Reformkommunistin? Rudolf Walther hat ein »aus öder Stasi-Prosa

und Zeitzeugenvermutungen gezimmertes Merkel-Porträt« gelesen und fragt: Warum erscheint es im Wahlkampf, aus der Feder zweier Springer-Journalisten? Die Kanzlerin hat andere Fragen beantwortet – in Springers »Bild«. Welche Rolle sie bei Jugendpartys spielte? Sie sei »die Bardame« gewesen. »Wir haben dann immer Kirsch-Whisky oder Kirsch-Wodka, nee Wodka, Kirsch-Wodka gab es.« *Seiten 4, 6 und 13*
Fotos: imago (1, 3), privat (2), dpa (4-6)

Baustopp im Westjordanland?

Israel vergibt offenbar keine Genehmigungen mehr für Siedlungen

Von Oliver Eberhardt

Israels Regierung hat einen inoffiziellen Baustopp für Siedlungen im Westjordanland verhängt. Medienberichten zufolge werden keine neuen Baugenehmigungen erteilt; teilweise ruhen auch bereits gestattete Projekte.

Regierungschef Benjamin Netanjahu habe Wohnungsbauminister Uri Ariel von der Siedlerpartei HaBajit HaJehudi in der vergangenen Woche aufgetragen, keine neuen Baugenehmigungen mehr zu erteilen, berichtet Israels Militärradio Galei Zahal. Eine Bestätigung der Regierung gibt es dafür nicht. »Ich kommentiere grundsätzlich nicht, was ich mit dem Regierungschef bespreche«, sagte Ariel der BBC. Doch die Lobby-Organisation Jescha bestätigt die Anordnung: »Wir haben

vom Büro des Premierministers gesagt bekommen, dass keine neuen Baugenehmigungen erteilt werden«, sagt Sprecher Jigal Dimoni.

Im Kern bedeutet dies: Alle Projekte, für die noch keine Baugenehmigung erteilt worden ist, ruhen. Ausnahme: In Beit El nördlich von Jerusalem sollen 296 Wohnungen als Gegenleistung für die freiwillige Räumung eines nicht genehmigten Außenpostens gebaut werden; die Baugenehmigung wurde am Wochenende ausgefertigt. Da sich das Bauland allerdings nahezu vollständig in palästinensischem Privatbesitz befindet, ist auch dort nicht mit einem baldigen Baubeginn zu rechnen. Die Anordnung betrifft auch das E1-Projekt außerhalb Jerusalems, das nach der Aufwertung Palästinas zum UN-Nichtmitgliedsstaat im No-

vember für internationale Kritik gesorgt hat.

Bereits genehmigte und begonnene Projekte dürfen jedoch weitgehend fortgeführt werden, was bereits beim vorangegangenen Baustopp 2010 der Fall war. Hier wären dem Gesetz zufolge gerichtliche Verfügungen notwendig. Allerdings wurde in den vergangenen Tagen mehreren bereits seit Längerem anhängigen Klagen von palästinensischen Landbesitzern stattgegeben, nachdem der Staat seine Einwände zurückgezogen und die Einstellung der Arbeiten angeordnet hatte.

Victoria Nuland, Sprecherin des US-Außenministeriums, äußerte sich zuversichtlich: Die Maßnahmen seien ein wichtiger Schritt zu einer Annäherung. Der Baustopp ist eine Hauptforderung der palästinensischen Regierung vor einer

Rückkehr an den Verhandlungstisch. Washingtons Außenminister John Kerry hofft nun auf neue Verhandlungen bereits im Juni.

Dass Israels Regierung zu den Entwicklungen schweigt, dürfte aus Rücksicht auf die den Siedlern nahe stehende Koalitionspartei HaBajit HaJehudi geschehen: Dort hatte man angekündigt, den ohnehin schon heftig umstrittenen Jahreshaushalt abzulehnen, falls es einen Baustopp geben sollte – die Light-Version wird deshalb allgemein als Kompromiss gewertet.

Ob die Palästinenser darauf eingehen werden, ist aber noch unklar: Im Büro von Präsident Mahmud Abbas äußert man sich zurückhaltend. »Wir brauchen eine offizielle Bestätigung von Israel«, sagte sein Sprecher Nabil Abu Rudeineh.

Endlich Anklage im NSU-Prozess

Nazis erscheinen solidarisch im Partnerlook

Berlin (nd-Heilig). Die Verhandlung gegen Beate Zschäpe und vier Unterstützer des NSU-Terrornetzwerkes wird weder in einen anderen Saal verlegt noch für zwei Tage unterbrochen. Mit dieser Entscheidung wies das Oberlandesgericht in München einen Antrag ab, den einer der Zschäpe-Verteidiger gestellt hatte. Er hatte unter anderem gefordert, den Prozess in einen größeren Gerichtssaal zu verlegen, weil wegen der geringen Größe des Saals in München die nötige Öffentlichkeit nicht hergestellt sei. Dieser Argumentation folgte das Gericht nicht.

Auch an seinem zweiten Tag – der Prozess war am 6. Mai für eine Woche unterbrochen worden – verlief die Verhandlung schleppend. Die Verteidiger verzögerten die Verlesung der Anklage abermals durch diverse Anträge. Erst nach 15.30 Uhr konnte die Bundesanwaltschaft mit der Verlesung der Anklage beginnen. Der zusammenfassende Anklagesatz ist 35 Seiten lang, die Anklageschrift umfasst 488 Seiten. Laut der soll die heute 38-jährige Beate Zschäpe mit Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos den »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) gebildet haben. Der rechtsextremistischen Terrorzelle werden die Morde an neun türkisch- und griechischstämmigen Kleingewerbetreibenden und einer deutschen Polizistin zur Last gelegt.

Zschäpe ist der Mittäterschaft angeklagt – ihr droht lebenslange Haft. Der ehemalige NPD-Funktionär Ralf Wohlleben sowie Carsten Schultze sind wegen Beihilfe zum Mord angeklagt. Sie sollen die Pistole besorgt haben, mit der neun der Morde verübt wurden. André Eminger und Holger Gerlach wird die Unterstützung einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen. Zschäpe bleibt bei ihrem Schweigen und verweigert Angaben zur Person. Die anderen Angeklagten gaben Antwort. Eminger stellte jedoch klar: »Zu mehr werde ich mich nicht äußern.«

Erneut hatten sich unter die Zuschauer Neonazis gemischt. Darunter war auch der Zwillingbruder von Eminger. Beide trugen das gleiche AC/DC-T-Shirt. *Seite 5*

KURZ

Zahlung an die NPD

Karlsruhe (dpa). Der Bundestag muss der NPD die für Mai und August anstehenden Abschlagszahlungen aus der staatlichen Parteienfinanzierung vorerst auszahlen. Das hat das Bundesverfassungsgericht am Dienstag entschieden. Der Bundestag hatte die Auszahlung der Mittel gestoppt, weil die NPD eine Strafe wegen eines fehlerhaften Rechenschaftsberichts bislang nicht beglichen hatte.

EU-Haushalt beschlossen

Brüssel (dpa). Die europäischen Finanzminister haben sich mehrheitlich auf einen EU-Nachtragshaushalt von 7,3 Milliarden Euro für das laufende Jahr geeinigt. Das berichtete EU-Haushaltskommissar Janusz Lewandowski am Dienstag. *Seite 16*

Minerarbeiter streiken wieder

Pretoria (epd). Neun Monate nach dem blutigen Polizeieinsatz gegen streikende Minerarbeiter in Südafrika nehmen die Spannungen in der Bergbauindustrie erneut zu. Ein Streik von Bergarbeitern legte alle 13 Schächte des Minenbetreibers Lonmin rund um Rustenberg westlich von Pretoria lahm, wie der Konzern am Dienstag laut Medienberichten mitteilte.

Schwarz-Grün in Tirol

Wien (dpa). Das konservativ-ländlich geprägte österreichische Bundesland Tirol wird künftig erstmals von einer schwarz-grünen Koalition regiert. Die Parteigremien der konservativen ÖVP und der Grünen stimmten in der Nacht zum Dienstag dem neuen Bündnis zu.